

2834/J XXII. GP

Eingelangt am 05.04.2005

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Anfrage

der Abgeordneten HAGENHOFER

und GenossInnen

an die Bundesministerin für Justiz

**betreffend mögliche Schließung oberösterreichischer Bezirksgerichte, insbesondere
im Bezirk Braunau**

Laut Medienmeldungen soll im Zuge einer Neuordnung der Gerichtsorganisation seitens des Justizministeriums die Zahl der Bezirksgerichte massiv reduziert werden. Demgemäß stehen u.a. die Gerichte Schärding und Mattighofen zur Schließung an. Österreich weit hat sich gegen die Schließungen ein breiter Widerstand entwickelt, da den Menschen mit den Bezirksgerichten ein weiteres Identitätsmerkmal ihrer Lebensregion und darüber hinaus eine wichtige öffentliche Einrichtung abhanden käme.

Die Aushöhlung des ländlichen Raumes, die bereits mit dem Zusperren von Postämtern, Finanzämtern, Gendarmerieposten und der Einstellung öffentlicher Verkehrsverbindungen die Lebensqualität vieler Menschen drastisch einschränkt, fände mit der Schließung von Bezirksgerichten ihre traurige Fortsetzung.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher an die Bundesministerin für Justiz folgende

Anfrage:

1. Gibt es in Ihrem Ressort Überlegungen oder Vorbereitungsarbeiten für eine gerichtliche Organisationsänderung?
2. Wenn ja: welche bzw. mit welchem Inhalt?
3. Wie wäre die Struktur und Organisation von Gerichten in Oberösterreich von derartigen Plänen betroffen?
4. Haben die öffentlich kolportierten Schließungspläne von Bezirksgerichten in Oberösterreich einen realen Hintergrund?

5. Wie wird sich die zukünftige Gerichtsstruktur im Bezirk Braunau darstellen?
6. Wie wird sich die zukünftige Gerichtsstruktur in Schärding darstellen?
7. Was geschieht mit dem Bezirksgericht in Mattighofen?